



Im Bild v. l.: Ing. Manfred Gürth, Adolf Reichel und Ing. Gerald Putz von der Bürgerinitiative Pfaffenberg freuen sich über mehr als 75 Prozent Zustimmung bei der Volksbefragung. Sie fordern nun von der Gemeinde, auf die Einhaltung der Vereinbarung von 1981 zu bestehen. Das müsse nicht unbedingt die Einbringung einer Klage sein.

FOTO: RITTLER

ERGEBNIS

Die Frage „Soll die Stadtgemeinde Hainburg die 1981 mit dem Betreiber vereinbarte Erhaltung der Schutzzone am Pfaffenberg einfordern und erforderlichenfalls rechtlich einklagen?“ wurde am Sonntag von den Hainburgern bei der Volksbefragung folgendermaßen beantwortet:

Stimmberechtigt:	5.472
Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen:	978 (17,87 %)
Ungültige Stimmen:	5 (0,51 %)
Gültige Stimmen:	973 (99,49 %)
Von den gültigen Stimmen entfielen auf „Ja“:	731 (75,13 %)
Von den gültigen Stimmen entfielen auf „Nein“:	242 (24,87 %)

(Quelle: Stadtgemeinde Hainburg)

WEITERE REAKTION

Ernest Windholz, Bürgermeister von Bad Deutsch Altenburg, auf deren Gebiet sich der Steinbruch befindet, hofft nach der Volksbefragung auf eine baldige Einigung aller Beteiligten:



„Die Ergebnisse direkter Demokratie sind anzuerkennen. Es handelt sich zwar um eine ausschließliche Angelegenheit der Hainburger, doch wir in Bad Deutsch Altenburg wünschen uns eine baldige Einigung, da erst dann mit Rekultivierungsmaßnahmen auf unserer Seite des Pfaffenberges begonnen werden kann.“

Volksbefragung: Mehr als 75 Prozent Zustimmung

PFaffenberg / Von 978 abgegebenen Stimmen waren 731 Pro-, 242 Kontrastimmen. Im Herbst soll Gemeinderat entscheiden.

VON JOSEF RITTLER

HAINBURG / Die Bürgerinitiative freut sich über das Ergebnis der Volksbefragung zur Erhaltung des Hainburger Grates, die am Sonntag durchgeführt wurde (genaue Fragestellung siehe Info-Box). „Die Bürgerinitiative Pfaffenberg möchte sich bei der gesamten Hainburger Bevölkerung für das große Interesse und für die unerwartet hohe Teilnahme an der Volksbefragung bedanken“, meint Sprecher Gerald Putz. „Noch viel mehr danken wir den Hainburgern für die überwältigende Unterstützung. Damit wurde bestätigt, dass die Lebensqualität in unserer Region für die Hainburger ein wichtiges Thema ist, und dass sie auch unseren nachfolgenden Generationen ein lebenswertes Hainburg überlassen wollen.“ Respekt dürfe nicht in Angst vor der Macht von Großkonzernen übergehen, auch Großunternehmen müssten getroffene Vereinbarungen einhalten.

Nun liege es an der Stadtgemeinde, aus dem Ergebnis die richtigen Schlüsse zu ziehen. „Dass wir unbedingt eine Klags-einbringung durch die Gemeinde gefordert haben, ist unrichtig. Wir möchten viel mehr festhalten, dass mit diesem Ergebnis ei-

ne Lösung auch durch Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und den Steinbruchverantwortlichen möglich sein sollte. Unserer Meinung nach ist hier auch das Land gefordert, an einer Verhandlungslösung mitzuwirken. Um hier nicht in die Falle des Gewohnheitsrechtes für den Steinbruchbetreiber zu tappen, sollte eine Lösung ehestmöglich angestrebt und nicht wieder hinausgezögert werden“, erläutert Putz. Das Ergebnis der Volksbefragung soll der Gemeinde den Rücken stärken.

Gemeinde sieht Ergebnis mit gemischten Gefühlen

Diese ist anscheinend vom Volksbegehren nicht überzeugt. In einer von der Bürgerinitiative als „unfair“ bezeichneten Aussendung kurz vor dem Termin wies Bürgermeister Karl Kindl auf die Risiken eines Rechtsstreites hin.

Den Vorwurf der mangelnden Fairness weist Kindl zurück. „Wir haben lediglich einige Informationen gegeben, die die Bürgerinitiative nicht erwähnt hat. Eine Empfehlung oder gar ein ‚Drohbrief‘, wie in anderen Medien kolportiert, war das nicht.“ Wer selbst keine Verantwortung trage, könne leicht Forderungen erheben. In der Sache sei die Ge-

meinde nach wie vor mit allen Gesprächsbereit, die genaue Vorgangsweise müsse im Herbst in den zuständigen Gremien geklärt werden. Auch die Vertreter der anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien verweisen auf die Gemeinderatssitzung im Herbst.

Elisabeth Staffenberger, Umweltstadträtin (SPÖ): „Das Ergebnis der Volksbefragung werde ich nicht unbedingt als Unterstützung für die Gemeinde. Wir suchen ohnehin nach einer Lösung, die allen Beteiligten entgegenkommt.“

Stadtrat Mag. Robert Türk von der Liste Hainburg ist ein wenig über die seiner Ansicht nach geringe Beteiligung an der Volksbefragung enttäuscht, aber „das Ergebnis ist jedenfalls zu begrüßen. Wir müssen uns jetzt überlegen, was ist der sinnvollste nächste Schritt?“

Auch Gemeinderat Johann Raithofer von der FPÖ konstatiert eine geringe Beteiligung: „Die Entscheidung ist gefallen, die Angelegenheit wird im Gemeinderat behandelt werden. Sollte wirklich geklagt werden, ist jedenfalls das hohe Kostenrisiko einzukalkulieren.“

Gemeinderätin Leyla Yilmaz von der Liste „Wir für die Hainburger Bevölkerung“ war bis Redaktionsschluss nicht erreichbar.